

Konsenstrasse A 98.5/6: Technischer Konsens ist jetzt herzustellen!

„Die Konsenstrasse als Alternative für eine Trassenführung im Abschnitt A 98.5/6 liegt auf dem Tisch und muss jetzt bautechnisch weiter optimiert werden“, so Verbandsdirektor Karl-Heinz Hoffmann-Bohner vom Regionalverband Hochrhein-Bodensee.

Wie bekannt hatten der Regionalverband Hochrhein-Bodensee, der Landkreis Waldshut, die Städte Bad Säckingen und Wehr sowie die Schluchseewerke AG einen Planungsauftrag für eine Machbarkeitsstudie zum Abschnitt A 98.5/6 in Auftrag gegeben. Die Machbarkeitsstudie sollte unter anderem die unterschiedlichen Interessen der Städte Bad Säckingen und Wehr zusammenführen und in einer einvernehmlichen Trassenführung bündeln. Ergebnis dieser Machbarkeitsstudie ist die Konsenstrasse, die eine Tallage im Abschnitt 5 mit einer Bergtrasse im Abschnitt 6 verbindet.

„Die Zeit in 2012 muss genutzt werden, um zusammen mit der Planungsbehörde, dem zuständigen Regierungspräsidium Freiburg, die Konsenstrasse in einer gemeinsamen bautechnischen Lösung weiter zu entwickeln“, so Jörg Gantzer, Erster Landesbeamter beim Landratsamt Waldshut. Gantzer weiter: „Das Regierungspräsidium Freiburg, die von dort beauftragten Planungsbüros und die Auftraggeber der Machbarkeitsstudie müssen jetzt zusammen mit dem Planungsbüro Rapp Regioplan die bautechnisch noch offenen Punkte der Konsenstrasse klären und im Interesse einer gemeinsamen Lösung optimieren, damit am Ende dieser Diskussion eine technisch machbare Variante steht.“ Ziel der Beteiligten muss sein, in kooperativer Zusammenarbeit die Konsenstrasse in den nächsten Monaten „technisch spruchreif“ zu machen, sodass Ende des Jahres die Weichenstellung erfolgen kann, mit welcher Trasse (Konsenstrasse oder modifizierte Bergtrasse) die weiteren Planungsschritte in Richtung Planfeststellungsbeschluss erfolgen sollen. Die Auftraggeber der Machbarkeitsstudie sind sich sicher, dass die verbleibende Zeit in 2012 zum Abgleich der technisch möglichen Varianten für die Konsenstrasse gut angelegt ist. „Nur wenn wir nach dem politischen Konsens jetzt auch den bautechnischen Konsens erreichen, kann eine nachvollziehbare Auswahlentscheidung für die weiteren Planungsschritte erfolgen“, so Hoffmann-Bohner vom Regionalverband.

„Wir sollten uns von Zeitverzögerungsszenarien von 8 bis 10 Jahren nicht beeindrucken lassen, da die rechtlichen Risiken bei einer Planfeststellung der modifizierten Bergtrasse im Abschnitt 5 nur schwer abschätzbar sind und das Geld für die Realisierung einer Variante morgen ohne hin nicht zur Verfügung steht, da erst eine planfestgestellte Variante als Voraussetzung für den Bau auf dem Tisch liegen muss“, so Jörg Gantzer. Der Landkreis Waldshut und der Regionalverband Hochrhein-Bodensee sind sich darin einig, dass die jetzt zu führende Diskussion eine später mögliche Auseinandersetzung im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens vorweg nimmt und deshalb mehr Sicherheit für die Umsetzung der ausgewählten Vorzugsvariante besteht. Es macht wenig Sinn, derzeit ohne weitere technische Aufbereitung der Konsenstrasse die (amtliche) modifizierte Bergtrasse gegenüber dem Bundesverkehrsministerium schon zu favorisieren und weitere Verfahrensschritte einzuleiten, wenn noch nicht sichergestellt ist, dass diese Variante voraussichtlich auch in einem Rechtsverfahren Bestand hat. Muss später im weiteren Verfahren mit der modifizierten Bergtrasse beispielsweise wegen Nicht-FFH-Verträglichkeit der Trassenwahl zurückgerudert werden, führt dies zu wesentlich größeren Zeitverlusten gegenüber der jetzt notwendigen technischen Abstimmung. Alle Vorbereitungen für diese Abstimmung sind am Laufen.

Bei der Veranstaltung am 27.04.2012 wurde auch deutlich, dass es nicht möglich ist, die modifizierte Bergtrasse dem Bund für einen sogenannten „Gesehensvermerk“ vorzuschlagen und dann erst im späteren Verfahren den Abgleich mit der Konsenstrasse gewissermaßen nachzureichen - auch wenn dies zwischenzeitlich nicht mehr von allen Anwesenden so gesehen wird. Landkreis und Regionalverband begrüßen es daher ausdrücklich, dass die vom Regierungspräsidium Freiburg angekündigte „Werkstatttrunde“ nun verwirklicht wird. Dieser Weg gewährleistet auch am besten, die mittlerweile fast unendliche Geschichte der A 98-Planung am Hochrhein doch noch im Interesse der gesamten Region entscheidend voranzubringen.